

Antrag Energiewende

Der Kreistag wolle beschließen:

1. Die Ausschreibung für die Beschaffung von Strom erfolgt künftig nach den Vorgaben für „Ökostrom mit Neuanlagenquote“ erfolgen. (Die Definition von Ökostrom wird nach den vollständigen Kriterien des Umweltbundesamtes ausgerichtet). Dazu wird eine ausgeglichene Energiebilanz innerhalb eines Kalenderjahres und ein Nachweis der physikalischen Lieferung erbracht. Zusätzlich wird der Strom nur aus beschriebenen und identifizierbaren Quellen bezogen.
2. Lieferung von 100% regionalen Strom aus der Region Bamberg ausschließlich aus erneuerbaren Energien bis zum Jahre 2025.
3. Der Landkreis setzt sich stärker als bisher für den Ausbau erneuerbarer Energien ein. Die Vorrang- und Eignungsgebiete für Windkraft, wie sie z.B. in der Potentialanalyse für den Landkreis Bamberg ersichtlich sind, werden auch weiterhin für den Ausbau der Windkraft genutzt. Der Landkreis wirbt offensiv dafür, dass Gemeinden Windparks bauen.
4. Die Möglichkeiten der Erzeugung regenerativer Energien, z.B. durch den Betrieb von Biogasanlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung, werden wo möglich genutzt und gefördert.
5. Der Landkreis geht aktiv auf Kommunen zu, um eine stärkere Berücksichtigung Erneuerbarer Energien in der Bauleitplanung einzufordern, bspw. eine Solarpflicht für Neubaugebiete.
6. Der Einsatz von Power-to-Gas, also z.B. die Herstellung von Wasserstoff mit Strom aus Erneuerbaren Energien, und anderer Speichertechnologien werden geprüft und immer, wo es sinnvoll und wirtschaftlich möglich ist, eingesetzt.
7. Die Kreisverwaltung weist die Regionalwerke des Landkreises Bamberg an, dem Kreistag innerhalb des Jahres 2020 einen Plan mit verbindlichen Ausbauzielen für Energie aus erneuerbaren Energiequellen zur Abstimmung vorzulegen. Um die Ziele der Klimaallianz zu erreichen, ist eine Steigerung der Stromerzeugungskapazität aus Erneuerbaren aus dem Landkreis von jährlich 5-10% notwendig. Der von den Regionalwerken vorgelegte Ausbauplan unterschreitet nicht diese Zielmarke.
8. Der Landkreis berücksichtigt bei der Verwaltung ihres Vermögens diesen Ausbauplan insofern, dass ausreichend Investitionsmittel für die Finanzierung des Ausbauplans zur Verfügung stehen. Der verabschiedete Ausbauplan ist bei der Entscheidung über die Anlage des Vermögens des Landkreises als vorrangig zu berücksichtigen.

BEGRÜNDUNG

Die Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern verursacht hohe Treibhausgas-Emissionen. Der Bezug von echtem Ökostrom gehört zu den klimaschutzpolitisch wirkungsvollsten Maßnahmen. Er kann zu einer erheblichen Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen beitragen.

In der Vergangenheit wurde häufig nur gefordert, dass der gelieferte Strom zu 100% aus erneuerbaren Energien stammen soll. Werden keine weiteren Qualitätsmerkmale einbezogen, können Stromanbieter aus ihrem bestehenden Strommix den bereits bestehenden Anteil Strom aus erneuerbaren Energien gesondert verkaufen. Aber erst wenn gezielt in den Bau neuer Anlagen investiert wird, ändert sich die Zusammensetzung des Stromes zu Gunsten der erneuerbaren. Wichtig ist daher, die Treibhausgas-Minderung auch während des Lieferzeitraumes zu verankern. Das Umweltbundesamt entwickelte gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium eine Arbeitshilfe für eine europaweite Ausschreibung der Lieferung von Ökostrom, die als Grundlage für öffentliche Auftraggeber herangezogen werden kann. Die Erfahrungen aus den bislang vom Umweltbundesamt/Bundesumweltministerium durchgeführten Ausschreibungen zeigen, dass die Beschaffung von Ökostrom für öffentliche Auftraggeber nur mit geringen spezifischen Mehrkosten verbunden ist. Sie ist daher mit den haushaltsrechtlichen Grundsätzen vereinbar.

Bernd Fricke (GAL):

Dem Antrag ist voll umfänglich zuzustimmen. Die neue grüne Fraktion bringt den Antrag gerne in den Kreistag ein.

Der Ausbau der Windenergie im Landkreis könnte ganz einfach erfolgen anhand der Windvorranggebiete, die die Regierung von Oberfranken bis 2015 vorgeschlagen hatte. Dies wurde leider durch die 10h Regelung ausgehebelt, die die CSU eingeführt hat.

Desweiteren würden wir einen Antrag in den Kreistag einbringen, der eine Resolution zur Abschaffung der 10h Regelung beinhaltet, die an die bayerische Staatsregierung gerichtet ist.

Der Landkreis kann die Regionalwerke nicht anweisen, da sie eine eigenständige GmbH sind. Aber der Landkreis kann einen fachlich versierten Geschäftsführer einstellen (derzeit ist diese Stelle nur kommissarisch besetzt), der vom Aufsichtsrat beauftragt wird, einen Plan zu entwickeln, dass der Landkreis bis 2025 ein Ausbauziel von 100% regenerativ erzeugten Strom erreicht. Ebenso sind Power to gas Lösungen, wie es die Stadtwerke Haßfurt schon längstens betreiben, zu begrüßen. Der Umbau der Stromerzeugung hat unter der Einbeziehung und Beteiligung der Bevölkerung zu erfolgen (Bürgerwindräder, Bürgerphotovoltaikdächer).

Johann Kalb (CSU):

Keinen Bezug auf die Anträge genommen

Bruno Kellner (FW):

Die ersten sechs Spiegelstriche sind gute Schritte in die richtige Richtung. Bei den Regionalwerken ist der Landkreis über einen entsprechenden Antrag nur über die Gesellschafterversammlung in der Lage Veränderungen im genannten Sinne voranzutragen.

Andreas Schwarz (SPD):

Keinen Bezug auf die Anträge genommen

Tobias Sieling (ÖDP):

1: Dem kann ich so zustimmen. Strom mit Neuanlagenquote ist absolut sinnvoll.

2: Das Ziel ist klar, unser Strom soll in der Region erzeugt und auch verbraucht werden. Hier ist die Frage, ob das technisch und kaufmännisch machbar ist. Was zählt zur Region Bamberg? Die Windräder im Landkreis gehören unterschiedlichen Gesellschaften. Können diese bis 2025 Strom direkt an den Landkreis verkaufen? Reicht das aus? Wie verhält es sich mit Fotovoltaikanlagen. Hier speisen viele derzeit noch beim Bayernwerk ein. Kann der Landkreis bei unterschiedlichen Anbietern gleichzeitig einkaufen, wenn einer nicht ausreicht? Das sind Fragen, die aus meiner Sicht noch zu klären sind.

3: Aus meiner Sicht eignen sich für die Windkraft nur die Höhenzüge des Steigerwaldes und der Fränkischen Schweiz. Die Gebiete auf dem Jura sind fast ausgeschöpft. Ich denke, diese restlichen Flächen sollte man noch nutzen. Wie die Sache im westlichen Landkreis aussieht, kann ich derzeit nicht einschätzen. Wichtig wäre aus meiner Sicht, dass man die Bewohner / Gemeinden einbezieht und die Akzeptanz durch Bürgerbeteiligung erhöht.

4: Das sehe ich auch so. Bei der Beschickung der Anlagen sollte man aber auf einem verträglichen Mix bestehen, damit es nicht zu einer „Vermaisung“ wie in Niederbayern kommt. Ebenso ist eine Kopplung mit Nahwärmenetzen nötig, um den Wirkungsgrad zu erhöhen.

5: Da rennt man bei mir offene Türen ein. Ich wohne in einem Passivhaus. Fotovoltaik, Solarthermie und Regenwassernutzung für die Toilettenspülung sind schon seit über zehn Jahren Stand der Technik und sollten zur Vorschrift werden. Hier haben Bauleitplaner und Architekten eine große Verantwortung, weil derzeit Neubauten oftmals nicht nach Süden ausgerichtet sind oder so viele Ecken und Gauben haben, dass man nicht mal eine Fotovoltaik-Anlage nachrüsten kann.

Diese Neubauten sind klimatechnisch schon beim Einzug Sanierungsfälle.

6: Der Landkreis sollte sich gemeinsam mit der Stadt Bamberg für die weitere Forschung auf diesem Gebiet stark machen und wenn möglich eine Pilotanlage / Tankstelle einrichten.

Grundsätzlich ist die Erzeugung von Wasserstoff sehr energieaufwendig und erfordert Überkapazitäten an sonnigen und windreichen Tagen. Ich denke, so weit sind wir hier in Franken noch nicht. Dazu bräuchten wir flächendeckend Fotovoltaik auf den Dächern in den Dörfern und in der Stadt. Außerdem sollte man die Methanisierung nicht außer Acht lassen. Aus überschüssigem Windstrom hergestelltes Methan könnte man ins Erdgasnetz einspeisen. Dieses Netz ist, im Gegensatz zu Wasserstofftankstellen, schon vorhanden und besitzt eine große Elastizität, verträgt also große Schwankungen.

7: Die Regionalwerke gehören nicht allein dem Landkreis, sondern auch der Stadt Bamberg und den Gemeinden des Landkreises. Ich bin mir nicht sicher, ob das mit direkter Anweisung zu machen ist, verstehe aber das Ziel und finde es richtig. Die Regionalwerke sollten sich, da es mit der Windkraft im eigenen Wirkungskreis nicht funktioniert hat, auf die Erzeugung von Solarenergie konzentrieren. Hier gäbe es im Landkreis zahlreiche Hallendächer von öffentlichen und Gewerbeeinrichtungen. Dabei könnte auch die Stadt Bamberg auf ihrem Gebiet ihren Beitrag leisten.

8: Da kann ich mitgehen. Allerdings braucht es erst einen Plan mit ungefähren Zahlen und daran schließt sich die Finanzierung an. Die Frage ist weiterhin, ob der Ausbau in Verantwortung der Regionalwerke erfolgen soll oder dann doch direkt von Stadt, Landkreis und Gemeinden gestemmt wird. Danach richtet sich die Finanzierung. Die Regionalwerke haben sicher keinen direkten Zugriff auf die Finanzen der Kommunen. Diese könnten sich allenfalls einigen, gemeinsam das dafür notwendige Kapital bereitzustellen.

Marco Strube (FDP):

Keine Anmerkungen —> Zustimmung.

Antrag Verantwortung der Kommune für Mensch und Umwelt (Beschaffung und Finanzen)

Der Kreistag wolle beschließen:

Für den Bereich Vergabe & Beschaffung:

1. Die Verwaltung beauftragt im Jahr 2020 eine Steuerungsgruppe unter Beteiligung der Zivilgesellschaft damit, einen Katalog sozial-ökologischer Kriterien und für die Vergabe- und Beschaffungspraxis des Landkreises zu erarbeiten und ihn dem Kreistag und der Öffentlichkeit Ende des Jahres 2020 zum Beschluss vorzulegen. Fortan werden diese Kriterien als Leistungskriterien bei der Beschaffung verpflichtend angewendet (bspw. die Nutzung von Recycling-Papier mit dem Umweltsiegel Blauer Engel).
2. Ab 2021 wird die Anwendung sozial-ökologischer Kriterien bei Vergabe und Beschaffung des Landkreises systematisch erfasst. Über den Umfang der sozial-ökologischen Beschaffung/Vergabe berichtet die Steuerungsgruppe jährlich umfassend an den Kreistag die Öffentlichkeit.
3. Um die systematische Erfassung der Beschaffung mittelfristig zu erleichtern und die Kosten ggfs. zu senken, wird die Einführung eines digitalen Beschaffungskataloges (bspw. nach dem Vorbild der Stadt Mainz) von der Steuerungsgruppe geprüft und anschließend im Kreistag über die Ergebnisse der Prüfung berichtet.
4. Die Steuerungsgruppe zeichnet für das Ausarbeiten von Zielen und eines terminierten Maßnahmenplans zur Förderung und stärkeren Berücksichtigung der sozial-ökologischen Leistungskriterien verantwortlich.
5. Alle Landkreismitarbeiter*innen, die im Bereich Beschaffung & Vergabe tätig sind, erhalten regelmäßige Schulung und Weiterbildung zum Thema nachhaltige Beschaffung.
6. Es wird geprüft, ob für die Erfüllung oben genannter Aufgaben zusätzliches Personal benötigt wird und ob eine Inanspruchnahme möglicher Fördermaßnahmen durch verschiedene Förderstellen in Frage kommt.

Für den Bereich Finanzen:

1. Die Prüfung der vom Landkreis Bamberg in Anspruch genommenen Kreditinstitute und Finanzdienstleister hinsichtlich ihrer Geschäftsfelder und -praktiken.
2. Die Formulierung von Ausschluss- bzw. Negativkriterien für in Anspruch genommene Kreditinstitute und Finanzdienstleister (z.B. Investitionen in Rüstung und Waffen) und die Festsetzung von Positivkriterien (z.B. Investitionen in Erneuerbare Energien).
3. Die Erarbeitung eines terminierten Maßnahmenplans zur Anwendung der ausgearbeiteten Negativ- und Positivkriterien zum nächstmöglichen Zeitpunkt und die Berichterstattung an den Kreistag über die oben genannten Vorgänge.

BEGRÜNDUNG

Entscheidungen über den Einkauf von Waren und Dienstleistungen sowie die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Dritte hat weitreichende ökologische und soziale Auswirkungen. Aufgrund der enormen Kaufkraft trägt der Landkreis Bamberg eine besondere Verantwortung dafür, dass ökologische Mindeststandards und die Menschenrechte beim öffentlichen Einkauf und der Auftragsvergabe eingehalten werden.

Bernd Fricke (GAL):

Vergabe und Beschaffung:

Auch diesen Antrag bringen wir gerne ein. Ergänzend geht es auch darum den Fair Trade Gedanken hier mit einzubringen, zumal der Landkreis seit kurzem auch Fair Trade Landkreis ist. Viele Kommunen in Deutschland haben Kriterien für eine nachhaltige Beschaffung eingesetzt wie z.B. die Stadt Nürnberg. Wichtig ist wie die Umsetzung erfolgt und das Controlling innerhalb der Verwaltung. Beides muss entsprechend in der Verwaltung verankert werden.

Finanzen:

Sehr sinnvoller Vorschlag, der von Kämmerer und Finanzverwaltung relativ leicht dargestellt und umgesetzt werden könnte unter Beachtung der vertraglichen Fristen.

Johann Kalb (CSU):

Keinen Bezug auf die Anträge genommen

Bruno Kellner (FW):

- Gründung einer Steuerungsgruppe sinnvoll.
- Fortbildung der Mitarbeiter/innen begrüßenswert.
- Zusammenarbeit mit Banken, z.B. der Sparkasse Bamberg (50 % Miteigentümer Landkreis Bamberg) kann steuernd eingegriffen werden.

Im Übrigen erreicht man mit dem Aufbau weiterer Administration nicht zwangsläufig die aufgezeigten Klimaschutzziele.

Andreas Schwarz (SPD):

Keinen Bezug auf die Anträge genommen

Tobias Sieling (ÖDP):

1.1: Guter Vorschlag! Sehe ich auch so

1.2: Das ist eine logische Konsequenz.

Allgemein: All diese Punkte folgen logisch aus der systematischen Beschaffung.

2.1: Wer soll das prüfen?

2.2: Gibt es dafür Beispiele anderer Kommunen?

2.3: Das wäre der normale Weg.

Allgemein: Ja. Auf diesem Gebiet muss sich etwas im oben beschriebenen Sinne ändern.

Marco Strube (FDP):

Streichung von 1.2, 1.4 und 1.6. Ansonsten Annahme.

Antrag Klimanotlage

Der Kreistag wolle beschließen:

1. Der Kreistag erkennt die Klimanotlage und die Verantwortung für die Einhaltung des 1,5°C- Ziels nach dem Pariser Klimaabkommen an.
2. Künftig sollen bei allen Entscheidungen des Landkreises deren Auswirkungen auf die Umwelt (insbes. das Klima, die biologische Artenvielfalt) berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck muss in der Kreisverwaltung eine Stelle geschaffen werden, die die Auswirkungen von Anträgen und Entscheidungen auf das Klima prüft und dies dem Kreistag mitteilt. Dies soll in Analogie zu den finanziellen Auswirkungen geschehen.
3. Zusätzlich wird die Stelle eines/r Klimaschutzmanager*in geschaffen und mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen auszustatten, um eine Klimaschutzstrategie zu entwerfen und umzusetzen.
4. Bürger*innen und Initiativen steht ein Recht auf aktive Partizipation auch in Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes zu. Der Kreistag beschließt daher die Einsetzung eines Klimabeirats mit Beteiligung von engagierten Bürger*innen und qualifizierter Organisationen. Dieser Klimabeirat überprüft die Entwicklung und Umsetzung der Klimastrategie des Landkreises, trifft sich mindestens alle 2 Monate, ist mindestens paritätisch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren besetzt und hat im Umweltausschuss und/oder im Kreistag Initiativrecht.
5. Um die Beteiligung der Bürger*innen zu ermöglichen, wird künftig ein möglichst niederschwelliger Zugang zu allen umweltrelevanten Daten und Informationen des Landkreises gewährt, insbes. durch Veröffentlichung entsprechender Daten im Internet.

BEGRÜNDUNG

Die Stadt und der Landkreis Bamberg müssen endlich die weitreichende Dringlichkeit der Querschnittsaufgabe Klimawandel anerkennen und dann dementsprechend Maßnahme ergreifen.

Bernd Fricke (GAL):

Den Antrag den Klimanotstand auszurufen, d.h. den Gremien regelmäßig Bericht zu erstatten, einen Klimabeirat einzurichten (aus Vertretern von Kirchen, Wirtschaft, Verbänden, Friday for Future) haben ich für die Grüne Fraktion in den Kreistag eingebracht. Er wurde am 19.12.2019 von Landrat Kalb, CSU, SPD, Freien Wählern und Bürgerblock abgelehnt, mit dem Tenor wir sind so gut, wir brauchen das nicht.

Von den gleichen Parteien wurde auch unser Antrag abgelehnt einen professionellen Klimamanager über das entsprechende Bundesprogramm einzustellen.

Alle Forderungen die in obigem Antrag stehen, sind ganz unbedingt zu unterstützen. Wir brauchen nicht einen Klimamanager, da ja auch die 36 Landkreismunicipalitäten zu unterstützen sind, sondern ein Team mit 2-3 Fachpersonen.

Desweiteren ist ganz unbedingt zu fordern, dass der Landkreis sich professionell Zahlen erarbeiten lässt, wie der CO₂ Ausstoss sich für die einzelnen Sektoren genau darstellt (Verkehr, Landwirtschaft, Wärmebereich usw.), da bisher nur mit Mutmaßungen operiert wird. Wenn wir z.B. bis 2030 CO₂ neutral sein wollen, dann brauche ich die genauen Zahlen, sonst weiss ich ja gar nicht, ob ich auf dem richtigen Weg bin.

Johann Kalb (CSU):

Keinen Bezug auf die Anträge genommen

Bruno Kellner (FW):

Ein Klimabeirat existiert bereits – Ergänzungen des Klimabeirates mit weiterer Fachkompetenz sinnvoll.

Zur Feststellung des Klimanotstandes und der daraus resultierenden Einschränkungen / Erweiterung des Haushalts des Landkreises werden weitere Gutachten erforderlich sein, um festzustellen, welche Maßnahmen warum den besonderen Klimaschutzziele genügen.

Andreas Schwarz (SPD):

Keinen Bezug auf die Anträge genommen

Tobias Sieling (ÖDP):

1: Ein derartiger Begriff ist schon mal durchgefallen. Daran wird sich im neuen Kreistag wenig ändern. Vielleicht brauchen wir dafür (leider) noch einen dritten heißen Sommer. Ich halte die Verantwortung für das 1,5-Grad-Ziel und die kommenden Punkte für entscheidender.

2: Ich denke, bei der Einstellung von Personal sollte man behutsam vorgehen. Einen Klimaschutzbeauftragten halte ich für sinnvoll und zwingend notwendig, zumal die Stelle bald frei wird. Ob es noch einen eigenen Antragsprüfer braucht, kann ich momentan noch nicht einschätzen. Ich denke, hier sollte auch der Sachverstand der Verwaltungsmitarbeiter und der Kreisrätinnen und Kreisräte in Betracht gezogen werden.

3: Siehe oben.

4: Grundsätzlich bin ich dafür, aber es ist die Frage, ob es den Klimabeirat nur für den Landkreis geben soll oder wie bisher für beide Kommunen gemeinsam. Von der Verantwortung her ist ein getrennter Rat ein Rückschritt, denn Stadt und Landkreis sollten die Schritte gemeinsam gehen, also auch einen gemeinsamen Klimarat haben. Wenn es darum geht, Dinge einzufordern, ist ein Beirat nur für den Landkreis besser, weil der nur für seine Kommune eingesetzt wäre. Das muss man gut überlegen. Bei einem gemeinsamen Klimabeirat könnten Kreisräte nur schwer Initiativrecht in der Stadt haben und umgekehrt. Es sei denn, beide Kommunen gestehen sich das in Sachen Klimaschutz zu.

5: Sehe ich auch so.

Marco Strube (FDP):

Ablehnung des kompletten Antrages.

Antrag Wärmewende für den Klimaschutz

Der Kreistag wolle beschließen:

1. In der Bauleitplanung und bei der Ausweisung von Sanierungsgebieten sind stärker als bisher klimarelevante Aspekte zu berücksichtigen (bspw. hohe Energieeffizienzstandards etwa der Passivhausstandard, die Nutzung des Anschlusszwangs zum Ausbau der Nahwärmenetze oder die Verpflichtung/Förderung der Nutzung erneuerbarer Energieträger). Diesbezüglich soll eine fachkundige Kommission unter Beteiligung von Experten aus der Zivilgesellschaft noch im Jahr 2020 einen Kriterienkatalog für eine nachhaltige Bauleitplanung dem Kreistag zum Beschluss vorlegen. Diese Kriterien werden künftig verbindlich bei der Bauleitplanung und Sanierung berücksichtigt.
2. Bereits während der Überarbeitung der Bauleitplanung ergreifen die Landkreisverwaltung und die Regionalwerke alle Möglichkeiten, konkrete Projekte für den Klimaschutz zu realisieren (bspw. Ausbau Nahwärme, Betrieb von Hackschnitzelanlagen, Förderung von Windkraft und Solarthermie, Energiespeichertechnologien (Power-To-Gas)). Die Landkreisverwaltung prüft zudem, wo es bei der Entwicklung des Landkreises möglich ist, klimawirksame Leuchtturmprojekte zu realisieren und dem Kreistag entsprechende Ideen zeitnah präsentieren.
3. Der Landkreis wirbt offensiv bei den Gemeinden dafür, Nahwärmenetze, in denen mit erneuerbaren Energien geheizt wird, auf- und auszubauen. Dabei sollen die Gemeinden auf die Möglichkeit des Anschlusszwangs an Nahwärmenetze hingewiesen werden, da dadurch Planungssicherheit geschaffen werden kann.
4. Der Anspruch des Landkreises an Energieeffizienzstandards für eigene Neubauten ist ab sofort der Passivhausstandard. Von ihm kann nur in begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden.
5. Es wird bis zum Ende des Jahres 2020 ein effektives Energiemanagementkonzept für die Liegenschaften des Landkreises erstellt, welches die Energieeinsparungsmöglichkeiten prüft und konkrete Handlungsanweisungen mit beteiligten Akteuren auf allen Ebenen erarbeitet.

BEGRÜNDUNG

Die Klima-Allianz Stadt & Landkreis Bamberg will bis 2035 die bilanzielle Energieautarkie erreichen. Der Energiebedarf ist weitestgehend aus erneuerbaren Energien zu decken.

Raumwärme hat den größten Anteil am privaten Energieverbrauch. Hier sind Einsparungen und der Einsatz erneuerbarer Energien besonders wichtig und besonders wirksam. Einsparungspotentiale und der weitgehende Einsatz erneuerbarer Energie für diesen Bereich müssen in den nächsten Jahren besonders gefördert und zügig realisiert werden.

Für die Umsetzung nachhaltiger Ideen und Konzepte bleiben nur noch wenige Jahre. Deutschland verfehlt derzeit seine internationalen Klimaziele und die deutsche Industrie verliert ihre weltweite, innovative Vorreiterrolle.

Bernd Fricke (GAL):

Auch dies sind absolut notwendige Forderungen, da gerade im Wärmebereich bisher kaum Fortschritte zur CO2 Reduktion erfolgt sind.

Wir brauchen deshalb unbedingt eine KreisbaumeisterIn, die sich gerade auch mit den ökologischen Aspekten von Bauen gut auskennt. Dafür muss der Landkreis auch bereit sein, diese Stelle für diese Fachperson höher zu vergüten.

So wie es die Stadt Bamberg bei der Lagardekaserne vor hat, sollte auch der Landkreis zusammen mit den Gemeinden Projektgebiete herausarbeiten, in denen modellhaft mit Wasserstoff-Brennstoffzellen gearbeitet wird.

Johann Kalb (CSU):

Keinen Bezug auf die Anträge genommen

Bruno Kellner (FW):

Ein offenes Bewerben von lokaler Nahwärmeversorgung und das Einhalten von Massivhausstandards sind zu unterstützen (Klimabeauftragter, Kreisbaumeisterin). Bei dem Thema Biogasanlagen zeichnet sich bereits jetzt negative Auswirkungen für die Natur ab (Monokultur, Maisanbau, etc.)

Andreas Schwarz (SPD):

Keinen Bezug auf die Anträge genommen

Tobias Sieling (ÖDP):

1: Inhaltlich sehe ich das auch so. Schwierig wird es, noch vor dem Sommer eine derartige Kommission zusammenzubekommen, die dann nach dem Sommer etwas ausarbeitet, was noch vor Weihnachten beschlossen werden kann.

2: Ich fände es gut, wenn das klappt, aber wir reden hier von sieben bis acht Monaten. Dann müssten diese Projekte (Nahwärme, Hackschnitzelheizung usw.) ja jetzt schon (Februar) in der Projektierungsphase sein, um noch im Jahr 2020 realisiert zu werden.

3: Gute Erfahrungen aus Energie-Dörfern oder Bioenergiedörfern sollte man hier nutzen.

4: Neubauten sind im Landkreis eher selten. Passivhausstandard funktioniert aber auch bei Sanierung von älteren Gebäuden.

5: Einen Energiebericht für alle Liegenschaften des Landkreises gibt es bereits. Dennoch ist es gut, nach weiteren Einsparpotentialen zu suchen.

Marco Strube (FDP):

1: Streichung von „etwa der Passi...Verpflichtung“.

3: Streichung von „Dabei sollen die Gemeinden ... werden kann.“

4: komplette Streichung

Antrag Mobilität

Der Kreistag wolle beschließen:

Mit einer breiten Bürger*inneneinladung und Beteiligung aller betroffenen und interessierten Gruppen, Initiativen und Verbänden wird zeitnah ein zukunftsorientiertes, bedarfsorientiertes Verkehrskonzept und der gemeinsame Nahverkehrsplan Stadt und Landkreis diskutiert, weiterentwickelt, ggf. ergänzt und allgemein bekannt gemacht. Die Verwaltung organisiert dieses Verfahren und begleitet es auch fachlich. Konkrete Umsetzungsziele und -zeiträume werden festgelegt. Sowohl die Durchführung als auch die Erfolge im Hinblick auch den Klimaschutz werden in geeigneten Abständen überprüft und veröffentlicht. In diesem neuen Verkehrskonzept werden folgenden Maßnahmen berücksichtigt:

1. Gemeinden im Landkreis sind bedarfsgerecht und kostengünstig mit öffentlichen Verkehrsmitteln (ÖPNV) erreichbar, auch am Abend und am Wochenende.
2. Schnelle Verbindungen und Ring- und Direktverbindungen werden geprüft und ermöglicht.
3. Unter bedarfsgerecht ist eine Taktung zu verstehen, die sich an dem schwankenden Bedarf orientiert. Dieser Bedarf soll durch eine Befragung der Bürger*innen in Stadt und Landkreis erfolgen.
4. Stadt- und Landkreis-Verbindungen sind aufeinander abgestimmt und bequem nutzbar.
5. Für alle Pendler*innen und Reisenden wird der ÖPNV attraktiv gestaltet. Dazu ist eine eindeutige Beschilderung der Bushaltestellen, insbesondere am Bahnhof von Nöten.
6. Auch eine Umgestaltung des Bahnhofsgeländes zum Regionalen Omnibus-Bahnhof ist dieser Vernetzung förderlich.
7. Ein sicheres bedarfsgerechtes Radverkehrsnetz wird ausgebaut und ergänzt.
8. Für einen sicheren Radweg ist es von besonderer Bedeutung, dass die Radwege instandgehalten werden und befahrbar sind. Dazu ist eine konsequente Verfolgung von Falschparkern durch den Parküberwachungsdienst unabdingbar. Bei Instandhaltung und Neubau von Radwegen haben sich die Gemeinden an die geltende Rechtslage zu halten.
9. In Bauleitplänen müssen Car-Sharing, e-Mobilität, Fahrradparkplätze und eine angemessene Anbindung an den ÖPNV verbindlich geregelt werden.
10. Es muss geprüft werden, welche Busse auf Wasserstoffantrieb umgerüstet werden können und wie lokale Busunternehmen dazu angeregt werden können, in neue Wasserstoffbusse zu investieren.

BEGRÜNDUNG

Die Zukunft des Verkehrs kommt nicht mit teuren Straßenneubauten, sondern mit intelligenten Konzepten, besseren Bus- und Bahnverbindungen, Car-Sharing-Angeboten und besseren sowie sicheren Rad- und Fußwegen voran.

Bernd Fricke (GAL):

Der beschlossenen Nahverkehrsplan und das Mobilitätskonzept sind innerhalb der nächsten 2 Jahre umzusetzen. In diesen sind die notwendigen Taktungen der Linien schon festgeschrieben. Es sind sofort Verhandlungen mit der Bahn aufzunehmen, um zeitnah den Regionalen Omnibusbahnhof umzusetzen. Von den ÖPNV-Anbietern sind Busse mit Elektro- oder Wasserstoffantrieb zu fordern. Das Carsharing System ist konsequent auszubauen, ebenso die Mobilitätsstationen, die so einen einfachen Wechsel zwischen den verschiedenen Mobilitätsarten ermöglichen.

Ein 365 Euro Ticket für alle ist zu fordern. Wo möglich soll modellhaft das autonome Fahren eingeführt werden. Das Konzept für den Alltagsradverkehr ist zügig umzusetzen.

Johann Kalb (CSU):

Keinen Bezug auf die Anträge genommen

Bruno Kellner (FW):

Hier ist der Landkreis Bamberg bereits weiter als es Ihr Antrag fordert. Das entwickelte intermodale Mobilitätskonzept startet bereits mit Modellprojekten (Bahnhof Ebing). Beim ÖPNV plädiere ich bundesweit für Kostenfreiheit, evtl. auch über eine sog. Experimentierklausel von ausgewählten Strecken, z.B. im ländlichen Raum.

Andreas Schwarz (SPD):

Keinen Bezug auf die Anträge genommen

Tobias Sieling (ÖDP):

1: Der ÖPNV ist ein sehr komplexes Feld mit vielen Akteuren und teilweise sehr unterschiedlichen Interessen und er wird das Mobilitätsproblem und das Klimaproblem nicht in Gänze lösen. Was heißt kostengünstig? Aus Sicht des Landkreises heißt das, dass die Linien eigenwirtschaftlich von den Busunternehmen betrieben werden. Gerade am Abend oder am Wochenende stößt die Wirtschaftlichkeit aber an ihre Grenzen. Das wurde in der Arbeitsgruppe ÖPNV ausführlich und kontrovers diskutiert und findet sich auch teilweise im Text des Mobilitätskonzeptes wieder.

Heißt Gemeinden dann Gemeindehauptorte oder alle Ortsteile? Auch diese Diskussion findet sich im Nahverkehrsplan.

Momentan fällt es den Unternehmen schwer, für Fahrten am Abend und am Wochenende qualifizierte Fahrerinnen und Fahrer zu bekommen, ein Aspekt, den man nicht außer Acht lassen sollte.

2: Ich bin immer dafür, dass man neue Ideen für eine befristete Zeit ausprobiert, um sie zu testen und sie dann gegebenenfalls in den Plan mit aufzunehmen. Man muss aber auch den Mut haben, Dinge wieder zurückzunehmen, wenn sie sich nicht bewähren.

3: Auch der schwankende Bedarf wurde bereits diskutiert. Die Bedürfnisse von Stadt- und Landkreisbürgern sind dabei sehr unterschiedlich. Befragungen hat es aus meiner Sicht schon ausreichend gegeben. Wünsche werden dabei sehr viele angegeben. Ob die Leute dann, wenn eine Linie testweise eingerichtet wird, auch wirklich ihr Auto stehen lassen, steht leider auf einem anderen Blatt.

4: Auch das wurde ebenfalls schon kritisiert, dass Landkreisbusse hinter den Stadtbussen herfahren und beide bis zum Bahnhof oder zum ZOB fahren. Lässt man die Landbusse bis zum Bahnhof fahren, ist die Frage, ob die Städter einsteigen und den Bus als Ersatz für den Stadtbus erkennen. Wie teilt man dann die Einnahmen für die Unternehmen auf? Lässt man die Landbusse an der Stadtgrenze halten, wird die Fahrt für die Landkreisbürger unattraktiver, weil sie bei Verspätungen der Stadtbusse eben doch mal warten müssen und nicht im warmen Bus sitzen.

5: Die Verbesserung des einheitlichen Designs ist im Nahverkehrsplan auch vorgesehen

6: Der bisherige Landrat zeigt auf die Stadt, die Stadt zeigt auf die Bahn, die Bahn spricht von 2031. Wenn ich Landrat bin, werde ich mit dem OB der Stadt und den MdBs Schwarz, Silberhorn und Badum eine Bamberger Allianz bilden, um die Bahn dazu zu bewegen, das Grundstück für einen ROB freizugeben und einen Alternativstandort für ein Baustellenlager zu finden.

7: Das wäre auch mein Ziel. Doch auch hier sind teils langwierige Grundstücksfragen zu klären.

8: Den Parküberwachungsdienst müssen nach meiner Kenntnis die Gemeinden beauftragen. Worauf zielt der letzte Satz mit der Rechtslage? Geht es um die Breiten oder die Art des Belages? Laufen Radwegneubauten getrennt von der Fahrbahn, kommt es auch hier zu einer Flächenversiegelung.

9: Das wäre auch mein Ziel.

10: Nochmal: Wasserstoff scheint die Ideallösung für fast alles zu sein. Aus meiner Sicht lohnt sich das aber erst, wenn man ihn aus überschüssiger regenerativer Energie herstellt. So weit sind wir leider bei uns noch nicht. Wenn lokale Busunternehmen in Wasserstoffbusse investieren sollen, brauchen sie ein Netz von Tankstellen und auch den entsprechenden Reparaturservice in der Fläche.

ALLGEMEIN: Teure Straßenneubauten gibt es nach meiner Kenntnis aktuell im Landkreis nicht, jedenfalls nicht bei den Kreisstraßen, für die der Landkreis zuständig ist. Ein weiterer Aspekt ist die Tatsache, dass der Individualverkehr immer noch zu günstig ist. Wer sich einmal ein Auto angeschafft hat oder ein zweites, der nutzt es auch jenseits des Weges zur Arbeit. Wir würden auch schon viel einsparen, wenn jeder nur so viel Auto hätte, wie er oder sie wirklich braucht (Thema SUV).

Marco Strube (FDP):

3: Streichung von „Dieser Bedarf ... erfolgen.“

8: Streichung von „Dazu ist eine konsequente ... unabdingbar.“

Allgemein / kein Bezug auf die Anträge / Schlussbemerkung:

Bernd Fricke (GAL):

Ich habe 1985 in den Hüttendörfern von Wackersdorf gegen die geplante WAA gekämpft und tue das jetzt seit 30 Jahren für eine andere, nachhaltige Klimaschutz- und Energiepolitik. Hierzu haben wir schon sehr viele Anträge eingebracht, die jedoch so gut wie immer von der CSU und den Freien Wählern abgelehnt wurden: Zuletzt im Dezember 2019 als es abgelehnt wurde den Klimanotstand festzustellen mit der entsprechend dahinterstehenden Agenda!!!

Als Landrat des Landkreises lasse ich mich nicht in der größten Limousine der 7er Reihe von BMW jeden Meter repräsentativ kutschieren, sondern fahre selbst mit dem Fahrrad, mit dem E-Auto. Bei weiteren Strecken gerne auch mit Bahn oder einem wesentlich kleineren Auto, dann auch mit Fahrer (um die Zeit zum Arbeiten zu nutzen).

Johann Kalb (CSU):

Ich freue mich sehr über den Austausch mit dem Bamberger Klimaschutzbündnis und das gemeinsame Ziel, den Klimaschutz in unserer Region weiter voranzutreiben.

Bereits seit dem Jahr 2008 engagieren sich Stadt und Landkreis Bamberg zusammen in der gemeinsamen Klimaallianz. Der Klimaschutz hat für den Landkreis Bamberg und für mich ganz persönlich einen sehr hohen Stellenwert. In den vergangenen Jahren wurde eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um dem Klimawandel auch auf Ebene des Landkreises entscheidend entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang erweist sich auch der Austausch mit dem Bamberger Klimaschutzbündnis als äußerst fruchtbar. Diese Kommunikation auf politischer und Arbeitsebene sollte unbedingt weitergeführt werden. Der nächste Austausch zusammen mit dem Oberbürgermeister befindet sich, wie Sie wissen, gerade in der Abstimmung.

Die von Ihnen im Schreiben vom 18. Februar 2020 angesprochenen Themenkomplexe zur Verbesserung des Klimaschutzes, soweit sie den Landkreis betreffen, spiegeln sich in der Arbeit des Bamberger Kreistages und dem Handeln der Landkreisverwaltung deutlich wider. Um Ihnen einen kurzen Überblick über Maßnahmen des Landkreises im Bereich des Klima- und Umweltschutzes der vergangenen Jahre zu geben, lege ich Ihnen gerne einen Auszug aus dem Landkreismagazin vom November 2019 bei.

Bespielsweise ist hier die deutliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes der Landkreisliegenschaften in den vergangenen Jahren zu erwähnen. Durch die ergriffenen Maßnahmen ist seit 2008 gelungen, den Ausstoß von CO₂ für die Landkreisliegenschaften um 84,24 % zu reduzieren. Das klare Ziel ist die CO₂-Neutralität, das in greifbare Nähe gerückt ist und durch weitere zielgerichtete Verbesserungen unserer Gebäude erreicht werden wird. Ein wichtiger Bestandteil ist hierbei auch die Beschaffung des benötigten Stroms. Hier setzt der Landkreis Bamberg bereits seit über sechs Jahren ein deutliches Zeichen und beschafft seinen Ökostrom nach den vom Umweltbundesamt festgelegten Kriterien. Über die Regionalwerke Bamberg GmbH bietet der Landkreis seinen Bürgern regional erzeugten Ökostrom an und leistet so einen wichtigen Beitrag zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung.

Die Unterstützung und der Ausbau regenerativer Energien spielt für den Landkreis Bamberg eine wichtige Rolle. Der Landkreis selbst betreibt seit vielen Jahren sein eigenes Biomasse-Heizkraftwerk am Standort Scheßlitz und versorgt damit verschiedene Liegenschaften des Landkreises und der Stadt Scheßlitz. Hier ist bereits ein zeitnahe Ausbau in Planung.

Der Ausbau der Elektromobilität wird seit vielen Jahren vorangetrieben. Neben der Schaffung einer landkreisweiten Ladeinfrastruktur bietet der Landkreis über die Regionalwerke seinen Bürgern ein entsprechendes E-Carsharing Programm an.

Die Energiewende hat erhebliche Auswirkungen auf die Automobilbranche, die sich aktuell in einem Transformationsprozess befindet. Landkreis und Stadt Bamberg haben hier das gemeinsame Ziel, diesen Prozess zu unterstützen und die Entwicklung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie zusammen mit Wirtschaft und Forschung in der Region voranzutreiben. Gleichwohl muss es der gemeinsame Anspruch sein, bei diesem Transformationsprozess die ökologischen, ökonomischen und sozialen Belange unserer Gesellschaft in Einklang miteinander zu bringen.

Der ÖPNV spielt eine immer wichtigere Rolle. Gerade der Landkreis Bamberg mit seiner Fläche von über 1.168 Quadratkilometern und 327 Ortschaften steht als ländlicher Raum hier vor besonderen Herausforderungen. Im vergangenen Jahr hat der Landkreis seinen gemeinsamen Nahverkehrsplan zusammen mit der Stadt Bamberg fortgeschrieben. Das gemeinsame Ziel ist es, die Verkehre in Zukunft deutlich mehr miteinander zu verknüpfen und die gemeinsamen Verkehre von Stadt und Land enger miteinander zu verzahnen. In diesem Zusammenhang wird der Landkreis 2020 an vier verschiedenen Standorten zusammen mit seinen Kommunen „Mobilstationen“ als ein Teil des „intermodalen Mobilitätskonzepts“ errichten, die die modelhafte Weiterentwicklung des ÖPNV unterstützen wird. Ebenso wird nach aktuellem Planungsstand im Rahmen der nächsten Ausschreibung des regionalen Busverkehrs der Leistungsumfang um jährlich ca. 1,6 Mio. Kilometer auf über 4 Mio. Kilometer gesteigert werden. Dies führt damit fast zu einer Verdoppelung der aktuellen Fahrdienstleistung der Regionalbuslinien im Landkreis Bamberg. Neben der Stärkung des regionalen Busverkehrs gewinnt auch das Rad als Verkehrsmittel immer mehr an Bedeutung. Um in diesem Bereich auch für die Zukunft die richtigen Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung zu haben, hat der Landkreis 2019 ein entsprechendes Alltagsradverkehrskonzept in Auftrag gegeben. Darüber hinaus sind aus den zahlreichen Maßnahmen des Landkreises zur Verbesserung der Mobilität beispielhaft die Förderung der Bürgerbusse und - mobile, der Rufbus oder das geplante 365 Euro-Jugendticket zu nennen.

Ebenso wie eine Verbesserung des ÖPNV oder die Verringerung des CO₂-Ausstoßes leistet der schonende Umgang mit Ressourcen einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz. Der Landkreis Bamberg engagiert sich intensiv in diesem Bereich. Seit Beginn des Jahres ist der Landkreis Bamberg offizieller „Fairtrade-Landkreis“ und hat sich bereits im vergangenen Jahr dem „Pakt zur nachhaltigen Beschaffung“ der Metropolregion Nürnberg angeschlossen. Die Beschaffung des Landkreises Bamberg erfolgt unter den Gesichtspunkten „nachhaltig“, „regional“ und „fair“. Zudem hat sich der Landkreis Bamberg zusammen mit den Kommunen auf dem Weg gemacht, „plastikfrei“ zu werden.

Der Landkreis Bamberg verfolgt seit Jahren einen konsequenten Weg in Sachen Klimaschutz und wird diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch weiterhin mit Nachdruck vorantreiben.

Den Austausch mit dem Bamberger Klimaschutzbündnis habe ich persönlich als sehr wertvoll empfunden. Dieser soll auch weiter intensiviert werden. Gemeinsames Ziel muss es daher sein, dass der Klimarat von Stadt und Landkreis Bamberg ab der kommenden Wahlperiode um einen Beirat ergänzt wird, der den verschiedenen Akteuren außerhalb der Politik die Möglichkeit eröffnet, sich mit ihren Ideen im Bereich des Klimaschutzes gewinnbringend einbringen können.

Ich freue mich auf den weiteren gemeinsamen Austausch für unsere Umwelt.

Bruno Kellner (FW):

Stichwortartige Schlussbemerkungen; fehlende Ansätze des Bamberger Klimaschutzbündnisses:

- Erhalt/Umbau des Waldes
- Wasserrückhaltebecken
- Nichtberücksichtigung der Beteiligten der Land- und Forstwirtschaft und deren Interessen
- Innovative Ansätze zu Wasserkraft, Wärmepumpentechnik, Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnik, (Blockheizkraftwerke) u.v.a.m. fehlen völlig

Als Mitglied des Alpenvereins bin ich enttäuscht, dass zur touristischen Nutzung der Alpen (insbesondere Ski fahren im Winter) keinerlei Aussagen getroffen werden. Ebenso fehlen Ansätze hinsichtlich des Konsumverhaltens jedes Einzelnen (z.B. Flugverkehr).

Gerne würde ich mit Ihnen im persönlichen Gespräch das große Thema Klimaschutz vertiefen wollen.

Andreas Schwarz (SPD):

ich bedanke mich für die Erarbeitung und Zusendung der Wahlprüfanträge, zu denen ich sehr gerne Stellung beziehe.

Persönlich kann ich viele Punkte, die Sie aufführen unterschreiben. Als gewählte Spitze der Verwaltung im Bamberger Landratsamt verstehe ich mich zunächst als Mannschaftsspieler. Ich kann Ihnen deshalb versprechen, dass ich Ihre Eingaben mit den Abteilungen und dem zuständigen Personal in der

Verwaltung besprechen und prüfen werde. Als künftiger Landrat werde ich Sie deshalb zur gemeinsamen Sondierung der Themen gerne einladen. Auch werde ich die Fraktionen des neu gewählten Kreistages sowie die künftigen Bürgermeister*innen unserer Kommunen einbinden, um politische Möglichkeiten und vorhandene Mehrheiten auszuloten. Nicht zuletzt ist die Beteiligung der bei Maßnahmen unmittelbar betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Bei der Energiewende im Landkreis Bamberg hat der strukturelle Neustart der Regionalwerke für mich oberste Priorität. Zuerst bedarf es hier einer angemessenen Personalausstattung. Nur so können wir Chancen ergreifen, realistische Ziele definieren und notwendige Maßnahmen in die Wege leiten. Durch meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter kenne ich die Vielzahl von Fördermöglichkeiten, die Bund und Länder für den Klimaschutz bereitstellen. U.a. für das MINT-Zentrum im Hirschaidener Energiepark oder die Klärschlamm-trocknung in Strullendorf konnte ich entsprechende Fördergelder akquirieren. Dies ist Aufgabe des Landrats. Der Landkreis hat die Chance, Modellregion in Sachen Klimaschutz und Energiewende zu werden. Gerade bei der Energiewende haben wir die Möglichkeit, die Bürgerschaft in die Prozesse nicht nur einzubinden, sondern direkt zu beteiligen. Dafür will ich mich einsetzen.

Ich habe das Ziel, dass Verwaltung und öffentliche Hand stets als Vorbild im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit vorangehen. Deshalb will ich auch zu Beginn der Amtsperiode ein Nachhaltigkeitsmanagement für das Landratsamt einführen, das fortwährend soziale und ökologische Standards im Haus überprüft und Verbesserungsvorschläge einreicht.

Für mich ist das Thema Klimaschutz direkt bei den Bamberger Regionalwerken angesiedelt. Damit will ich jede vorhandene Expertise, die es vor Ort gibt, direkt für die Umsetzung von konkreten Projekten in der Region verknüpfen. Als Landrat kann ich versprechen, Meinungen und Positionen aus der Bürgerschaft in die Arbeit der Verwaltung mit einzubinden.

Ich stehe für einen Politikstil, der Brücken baut. Gleichzeitig will ich die Entwicklung unseres Landkreises nicht dem Zufall überlassen. Die Kreispolitik benötigt dringend mehr Öffentlichkeit. Zumeist finden die wenigen Sitzungen während der Arbeitszeit und vor leeren Besucherrängen statt. In der Regel ist auch kein Pressevertreter anwesend. Die Energiewende vor Ort und der Klimaschutz benötigen wie die gesamte Kreispolitik dringend mehr Öffentlichkeit, als sie derzeit genießen. Durch die Einbindung der Bürgerschaft und Ihre Unterstützung kann ich als Landrat politischen Druck erzeugen und Aufmerksamkeit für Themen generieren. Ich lade Sie ein, mich und meine Fraktionskollegen der SPD in unseren Sprechstunden zu besuchen. Wir freuen uns auf den Austausch der Argumente.

Seit mehreren Jahren ist die Stelle des/der Kreisbaumeister/in im Landratsamt unbesetzt. Die SPD-Fraktion im Kreistag wirbt für eine Neubesetzung, damit energetische und soziale Kriterien wieder verstärkt in der Bauleitplanung unserer Kommunen berücksichtigt werden. Mit der Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft sehe ich den Landkreis Bamberg künftig als Akteur auf dem Wohnungsmarkt. Ein ambitioniertes Ziel ist es dabei, soziale Projekte mit ökologischen Komponenten zu verbinden. Im Bereich der Nahwärme sehe ich in Verbindung mit unseren industriellen Betrieben ein Potential, das ich für die Entwicklung der Region nutzen will. Bundesweite Beachtung finden mittlerweile das geplante MINT-Zentrum im Hirschaidener Energiepark oder auch die Klärschlamm-trocknung in Strullendorf. Entsprechende Projekte werde ich auch als Landrat unterstützen. Ich sehe den Landkreis Bamberg als Modellregion im Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

Ein tragfähiges und zukunftsorientiertes Mobilitätskonzept kann nur durch eine breite BürgerInnenbeteiligung gelingen. Als Landrat muss ich im Detail wissen, warum sich die Menschen oftmals für den CO₂-intensiven Individualverkehr entscheiden. Diesen kann man abbauen, beispielsweise durch eine dezentrale Strukturpolitik im Landkreis (medizinische Versorgung, Schulen, Nahversorgung, ...).

Fahrradverkehr darf künftig nicht nur Freizeit und touristischen Zwecken dienen. Streckenverbindungen müssen wir ausbauen und ebenso auf ihre Alltagstauglichkeit überprüfen.

Vielerorts kann der ÖPNV nicht mit dem Auto konkurrieren. Wir müssen hier finanzielle Anreize (365 Euro-Ticket für alle) setzen und benötigen höhere Taktungen (z.B. Kommunen mit über 2000 Einwohner*innen mit 30min Takt zur Hauptzeit).

Auch die Angebote der unterschiedlichen Anbieter will ich besser aufeinander abstimmen durch einen einheitlichen Fahrplan und eine regionale Verkehrs-App. Mittelfristig muss der regionale Omnibusbahnhof als Knotenstelle in Nähe des Bamberger Bahnhofes das Ziel unserer regionalen Verkehrspolitik sein. Schon vorab lade ich Sie ein, meine Kollegen der SPD-Kreistagsfraktion oder mich persönlich in unseren Sprechstunden zu besuchen, um gemeinsam über die Einzelthemen und konkrete Projekte zu beraten. Klimaschutz und Energiewende vor Ort gelingen nur im Zusammenspiel von Bürgerschaft, Rathäusern, Unternehmen, Kreistag und Landratsamt. Ich werbe für einen Politikstil, der alle Menschen mitnimmt und bitte deshalb um Ihr Vertrauen.

Tobias Sieling (ÖDP):

Meine Anmerkungen klingen sicher nicht in allen Fällen euphorisch. Auch ich möchte viele dieser Maßnahmen lieber heute als morgen. Doch ich möchte mit meinen Anmerkungen auch aufzeigen, dass es nicht in allen Fällen so schnell geht, wie man sich das wünscht, zumal ich als Landrat, der das alles will, ja auch noch jeweils eine Mehrheit finden muss. Ich kann zu fast allen Vorschlägen einfach Ja sagen, dann wäre es aber ein reines Versprechen. Ehrlicherweise muss man sagen, dass alles das nicht komplett noch in diesem Jahr 2020 umzusetzen ist, zumal die Amtsperiode ja erst im Mai beginnt. Wer das bestreitet, verkennt die rechtlichen Rahmenbedingungen und die zeitlichen Abläufe. Ich will mich gerne schon vor Mai dafür einsetzen, entsprechende Anträge zu formulieren, damit wir im Mai oder Juni durchstarten können.

Anmerkung: Vor sechs Jahren fand die konstituierende Sitzung am 12. Mai statt. Die zweite Sitzung war dann erst Mitte Juli. Das will ich als Landrat natürlich ändern.

Marco Strube (FDP):

Hintergrund für die Anpassungen ist dabei folgendes:

- Einige Passagen schwächen die parlamentarische Demokratie. Es steht jeder Fraktion zu, Anträge einzubringen, die mit Hilfe von Expertengruppen erarbeitet wurden. Vorschriften, welche den gewählten Vertretern die Wahlfreiheit bei Lösungen und Entscheidungen einschränken, sind zu vermeiden
- Teilweise führen die vorgelegten Maßnahmen zu Bürokratieaufbau. Dieser ist zu vermeiden
- Zusätzliche Stellen mit zentralen Funktionen führen zur Verlangsamung von Entscheidungsprozessen. Dies ist zu vermeiden. Es ist ebenfalls fraglich, ob die entstehenden finanziellen Mittel für die geforderten Stellen (z. B. auch Überwachung Fahrradwege) den gewünschten Erfolg bringen.
- Mehr Bauvorschriften führen zu weiterem bürokratischem Aufwand und belasten die sowieso schon überlasteten Behörden zusätzlich. Einer Verpflichtung Gebäude der Öffentlichkeit energetisch zu sanieren oder Neubauten der Öffentlichkeit ökologisch und umweltfreundlich zu gestalten stimme ich zu.

Ich befürworte einen beratenden und empfehlenden Expertenrat der den Landrat und den Kreistag unterstützt.